

BS-Beschluss öffentlich
B648-35/13

öffentlich: Ja

Drucksachen-Nr.: 05/1105
 Erfassungsdatum: 17.07.2013

Beschlussdatum:
16.09.2013

Einbringer:
Bündnis 90 / Die Grünen

Beratungsgegenstand:

Zusätzliche Aufnahme von Asylsuchenden und dezentrale Unterbringung

Beratungsfolge Verhandelt - beschlossen	am	TOP	Abst.	ja	nein	enth.
Senat	06.08.2013	9.19				
Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Jugend	26.08.2013	5.3		4	0	3
Hauptausschuss	02.09.2013	3.29				
Bürgerschaft	16.09.2013	6.13	mit Änderungen	17	13	einige

Egbert Liskow
 Präsident

Beschlusskontrolle:	Termin:

Haushaltsrechtliche Auswirkungen?	Haushalt	Haushaltsjahr
Nein		

Beschlussvorschlag

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Die Stadt unterstützt den Landkreis Vorpommern-Greifswald bei der Unterbringung von Asylsuchenden.

Die Stadt bietet dem Kreis an, entsprechend den freien Kapazitäten bei der WVGmbH Asylsuchende zusätzlich aufzunehmen und auf Wunsch sowie nach Möglichkeit dezentral unterzubringen.

Sachdarstellung/ Begründung

In diesem Jahr wird der Landkreis Vorpommern-Greifswald rund 400 neue Asylsuchende aufnehmen. Nach Aussage des Leiters des Kreissozialamtes sind alle Plätze in den Heimen in Anklam, Wolgast und Greifswald inzwischen belegt (OZ, 20. Juni 2013).

Greifswald hat bereits große Erfahrungen mit der Integration von Asylsuchenden. Auch ist es in der Stadt möglich, kurzfristig dezentrale Unterbringungsmöglichkeiten über die städtische Wohnungsbaugesellschaft WVGmbH zu aquirieren.

Auf eine Kleine Anfrage unserer Fraktion zur dezentralen Unterbringung von Asylbewerbern (19.3.2013) erhielten wir die Antwort, dass es „sofort möglich (ist), insbesondere größere Wohnungen in oberen Etagen sofort oder nach einer gewissen Wartezeit anzumieten. (...) Es wird daher zu prüfen sein, ob es im Einzelfall möglich ist, unter Beachtung der ethnischen und religiösen Besonderheiten Wohngemeinschaften für einzelne wohnungssuchende Flüchtlinge zu bilden.“

Diesen positiven Ansatz der Stadtverwaltung möchten wir mit der Vorlage aufgreifen.

Die Universitäts- und Hansestadt Greifswald sollte als Kreissitz ihren Beitrag zur Unterbringung und raschen Integration der Asylsuchenden leisten. Daher sollen über die zugewiesenen Asylsuchenden hinaus weitere Menschen in Greifswald Aufnahme finden können.